

Veranstungsbericht

Eine deutsche Nation? Deutsch-deutsche Antworten

6. November 2012 | 18:00 Uhr | Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin

Am 6. November 2012 luden die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Deutsche Gesellschaft e. V. sowie der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR innerhalb ihrer gemeinsamen achteiligen Veranstaltungsreihe „2x Deutschland: Innerdeutsche Beziehungen 1972-1990“ zur Abschlussveranstaltung ein. Thema des Abends war „Eine deutsche Nation? Deutsch-deutsche Antworten“. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage nach der Entwicklung der nationalen Identität im wiedervereinigten Deutschland.

Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, eröffnete die Veranstaltung und hob noch einmal die Bedeutung des Jahres 2012 im Rahmen der Diskussionsreihe hervor. 2012 jährten sich zahlreiche Ereignisse, welche die innerdeutsche Annäherung zwischen 1972 und 1990 wesentlich geprägt haben. Die Unterzeichnung des Grundlagenvertrages 1972, der Staatsbesuch Erich Honeckers 1987 in Bonn oder die 750-Jahr-Feier der Stadt Berlin bilden Beispiele hierfür. Die positive Resonanz der Veranstaltungsreihe zeige, wie sehr uns die Geschichte bis heute bewegt und unsere Identität formt. Abschließend verweist Frau Dr. Kaminsky auf die geplante Publikation, in der die Beiträge der Veranstaltungsreihe nachgelesen werden können.

Professor Dr. Ulrich Herbert, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, verwies in seinem Eingangsreferat zunächst auf die Schwierigkeit einer Definition von Nation: „Auf die Frage, was eine Nation bedeutet, ist die Antwort tendenziell unendlich.“ Weder eine gemeinsame Vergangenheit, Kultur, Sprache, Abstammung noch Religion könne die Vielfalt des Begriffes erfassen. Laut Ernest Renan gründe eine Nation vielmehr auf gemeinsamen Erinnerungen an die Vergangenheit und den Wunsch gegenwärtig und künftig zusammenzuleben. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Gründung der Bundesrepublik sei in Westdeutschland erst zögerlich ein positiver Bezug zum Nationalbewusstsein entstanden. Die Wiedervereinigung hätte dann neue Diskussionen über den Nationenbegriff angeregt. Obwohl es spekulativ bleibe, wie weit die Identifikation der Ostdeutschen mit der ehemaligen DDR tatsächlich ging, wirke die innerdeutsche Teilung nach. Bis heute habe die Frage nach einer gesamtdeutschen Identität oder nach der vielfach postulierten inneren Einheit hierbei nicht an Aktualität eingebüßt. Die Frage „Eine deutsche Nation?“ sei mit „ja“ zu beantworten, wengleich es nicht nur deutsch-deutsche Antworten gebe. Die deutschen Bürger leben in einem Nationalstaat und werden von ihren europäischen Nachbarn akzeptiert – damit sei im Vergleich zu anderen Nationen auch ein Stück Normalität eingekehrt, so Professor Herbert abschließend.

Nach dem sachkundigen Eingangsreferat eröffnete Dr. Hermann Rudolph, DER TAGESSPIEGEL, mit den Diskutanten Professor Dr. Eckhard Jesse, Technische Universität Chemnitz, Markus Meckel, DDR-Bürgerrechtler und Ratsvorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung, Helga Schubert, Schriftstellerin und Professor Dr. Ulrich Herbert das Podium. Herr Dr. Rudolph thematisierte zunächst die persönlichen Zugänge der Diskutanten mit Blick auf das wechselvolle Verhältnis zur Einheit während der Teilung Deutschlands. Frau Schubert gab zu bedenken, dass das Ausmaß, wie sehr sich die DDR-Bürger die Einheit

wünschten, auf Grund der mangelnden Meinungs- und Pressefreiheit in der DDR unklar gewesen sei. Allein schon das Bekenntnis, eine Deutsche zu sein, sei damals ein Tabu gewesen: „Es bedurfte einer Ermutigung, diesen Wunsch zu äußern“, so Frau Schubert. Herr Meckel erinnert sich, es sei erst sehr spät, nämlich nach dem 9. November 1989, erkennbar gewesen, dass der Prozess von Freiheit und Einheit zusammenfalle. Herr Prof. Jesse blieb von seinen Besuchen in der DDR während der Zeit der Teilung vor allem im Gedächtnis, dass Ostdeutschland stets auf Westdeutschland fixiert gewesen sei. Die Mehrheit der Ostdeutschen war „äußerlich angepasst und innerlich widerspenstig“. Herr Eppelmann teilte diese Sichtweise mit einer Wortmeldung aus dem Publikum: „Alles, was man sagte, musste nach dem Motto ‚die Partei hat immer Recht‘ in Übereinstimmung mit der SED sein – man sprach nicht aus, was man dachte. Mit der Wiedervereinigung wurde den DDR-Bürgern ihr Mut und ihre Würde zurückgegeben“, so Rainer Eppelmann. Der 17. Juni 1953 hätte als Nationalfeiertag erhalten werden sollen, da er den Deutschen mehr Identifikationsmöglichkeiten als der 3. Oktober 1990 biete, betonte Prof. Dr. Jesse ergänzend. Für Herrn Prof. Herbert war aus westdeutscher Sicht bei seinen Besuchen in Ostdeutschland vor allem der Widerspruch zwischen dem Sachverhalt, wie sich DDR selbst darstellte – als wirtschaftlich starkes fortschrittliches Land – und der Realität, welche die DDR in einer desolaten materiellen Situation zeigte, aufgefallen.

Zum Abschluss der Veranstaltung hatte das Publikum die Möglichkeit, Fragen an die Diskutanten zu richten. Die Beiträge zeigten vor allem, dass die Frage der deutschen Einheit und Nation vor der Wiedervereinigung höchst unterschiedlich eingeschätzt wurde. Herrn Meckel störte, dass die Frage die Thematik häufig stark unter moralisierenden Gesichtspunkten betrachtet werde, obschon das gesamtdeutsche Nationalgefühl über die Jahrzehnte durchaus positiv gewachsen sei. Die Wiedervereinigung sei in diesem Zusammenhang bis heute ein „Geschenk“. Frau Schubert bedauerte abschließend, die Demokratie der Bundesrepublik werde als Selbstverständlichkeit angesehen, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit zu wenig geachtet: „Den Bürgern ist die Macht nicht bewusst, die sie durch demokratische Teilhabe hätten.“ Dies gelte es auch künftig in Erinnerung zu rufen.

Dr. Heike Tuchscheerer